

Herr Bürgermeister eröffnete die Versammlung und begrüßte die Erschienenen, insbesondere Herrn Landrat Dr. Streibl und die Presse.

Hierauf gab er einen Bericht über die Tätigkeit des Marktgemeinderates und der Marktgemeindeverwaltung seit der letzten Bürgerversammlung am 27. Juni 1954. Nach diesem Bericht, den widerzugeben hier zu ausführlich wäre, machte der Herr Bürgermeister Ausführungen über den geplanten Schulhausbau, insbesondere über die vorgesehene Finanzierung. Nach dem Vorschlag von Baumeister Josef Lanthaler soll die Bausumme für den 1. Bauabschnitt 490.000,- DM betragen. Dieser Betrag ist deshalb so hoch, weil darin die gesamten Grundstückserschließungskosten und andere Einrichtungen enthalten sind, die bereits für die weiteren Bauabschnitte jetzt schon mitgebaut werden müssen. Die Finanzierung sieht 100.000,- DM Eigenmittel, 260.000,- DM Bankdarlehen 130.000,- DM Staatszuschuss, bzw. Staatszuschußdarlehen (40.000 D Staatszuschuss) und Bezirksverbandzuschuss vor.

Der Herr Bürgermeister dankte nochmals für das sehr zahlreiche Erscheinen der Gemein ebürger und forderte zu reger Diskussion auf.

Hierauf meldete sich Herr Baurat Kraus zum Wort und brachte seine Ansicht, vor allem als Sportler vor. Er befürchtete eine Benachteiligung des Sportvereins, wenn das Schulhaus auf den bisherigen Sportplatz gebaut werde. Bgm. zerstreute jedoch diese Bedenken.

Dipl./XX Ing. Alfons Braun fragte an, ob die Baukosten von 490.000,- DM der Wirklichkeit entsprechen. GR.Mitglied, Baumeister J. Lanthaler gab dazu einige fachmännische Erläuterungen und stellte fest, daß dies die kasserste Summe sei. A. Braun regte an, vor Beginn der Bauarbeiten auf dem Gelände Bodenuntersuchungen vorzunehmen. Auf eine weitere Frage von A. Braun teilte der Herr Bgm. mit, dass der Staatszuschuß nach dem alten Projekt (Anbau an die bisherige Knabenschule) bemessen ist. Der Zuschuß für das neue Projekt wird auf jeden Fall in der entsprechenden Höhe gewährt werden. Zu diesem Punkt gab auch noch Herr Landrat Dr. Streibl einige klärende Auskünfte.

Josef Wimmer Mattenhofen, stellte nochmals die dringende Bitte, auf jeden Fall mit der Bodenbeschaffenheit vorsichtig zu sein.

Josef Braun schloß sich den Ausführungen von Herrn Josef Wimmer an, und stellte fest, daß bei schlechten Bodenverhältnissen leicht die ganze Finanzierung umgeworfen werde.

Baumeister Josef Lanthaler versicherte, daß hier auf jeden Fall vorsichtig vorgegangen werde und daß der Gemeinderat hier alles ordentlich erwägen werde. Zudem gab er noch Erläuterungen über die Vorteile des neuen Projektes gegenüber den alten Projekt. Wegen Platzmangel im alten Schulgarten sei dort eine evtl. erforderliche weitere Ausdehnung nicht mehr möglich. Wenn man aber die Entwicklung der Stadt München und deren Ausdehnung betrachte, muß man unbedingt auf weite Sicht planen.

GR. Mitglied Peter Wimmer Kreuz machte Ausführungen über die allgemeine Finanzlage der Marktgemeinde Glonn und des gesamten Landkreises. Die Zustände im alten Knabenschulhaus seien auf keinen Fall mehr tragbar. Verhandlungen des Gemeinderates mit dem Domkapitel wegen Rückgabe der Mädchenschule waren ohne Erfolg. Deshalb sei der Schulhausbau unbedingt notwendig. Herr Bgm. dankte für die Ausführungen.

Überinspektor Decker gab auf Ersuchen des 1.Bgm. weitere Ausführungen über die vorgesehene Finanzierung der Baumaßnahme und die allgemeine Finanzlage der Marktgemeinde.

Dr. Thoma als Elternvertreter (Mitglied der Schulpflegschaft) nahm Stellung zu den Ausführungen von GR. Peter Wimmer und zerstreute gewisse Befürchtungen. Eine sofortige Inangriffnahme des Schulhausbaues sei eine zwingende Notwendigkeit. Weiter bat er Herrn Landthaler, die vorliegenden Pläne und das Modell etwas zu erläutern.

Herr Landthaler stellte nochmals fest, daß er den Kostenvoranschlag mit Absicht etwas hoch gegriffen hat, um später keine unangenehmen Überraschungen zu erleben. Hierauf gab er die gewünschten Erläuterungen zu den Plänen und dem vom Herrn Kreisbaumeister gefertigten Gesamtmodell. Es seien auf jeden Fall 5 Schulsäle notwendig, 4 für die Knabenschule und 1 für die landw. Berufsschule. Die Ausführungen wurden von den Gemeindebürgern mit großer Befriedigung aufgenommen.

Josef Wimmer Mattenhofen stellte nochmals fest, daß der Neubau notwendig sei, befürchtete aber, daß die versprochene Steuersenkung so bald nicht Wirklichkeit werden, der Bauernstand aber könne eine solche Belastung auf die Dauer nicht ertragen. Herr Bürgermeister gab darauf die Versicherung, daß, wenn der Neubau durchgeführt sei, die Lasten auf jeden Fall geringer werden.

Um dieses Für und Wider einmal zu beenden, stellte Dr. Ibach den Antrag über folgende Punkte abzustimmen:

1. Vor Beginn der Baumaßnahme soll die Bodenbeschaffenheit eingehend geprüft werden.
2. Die Versammlung wolle dem Gemeinderat für die bisher geleistete Arbeit in Beziehung auf den Schulhausbau den Dank aussprechen.
3. Die Versammlung wolle dem Gemeinderat für die weitere Arbeit das Vertrauen aussprechen.
4. Der Gemeinderat wolle den Neubau mit allen Mitteln vorantreiben.

Wegen verschiedener Einwände aus den Reihen des Sportvereins kam es jedoch nicht zu einer sofortigen Abstimmung.

Weiter meldete sich Franz Krammer Adling zum Wort. Er betonte, daß der Schulhausbau nach den bisherigen Ausführungen kein Problem sei, wies aber auf die heute noch vielfach in der Gemeinde bestehenden Notwohnungen hin. Von diesen Mißständen sei aber nur der kleine Mann betroffen, denn die anderen haben alle ihre Häuser frei. Auf diesem Gebiet müsse die Gemeinde noch viel unternehmen.

G.R. August Knorr stellte fest, daß, wenn der Gemeinderat in früherer Zeit mehr Mut gehabt hätte, schon seit Jahrzehnten ein neues Schulhaus stünde. Er gab die Versicherung, daß die Steuergelder von der Gemeinde gut angelegt würden. Die Bevölkerung solle bei einer künftigen Wahl nur solche Männer wählen, welche auch imstande sind, eine Verantwortung zu übernehmen. Mit dem Beginn des Schulhausbaues könne trotz der hohen Baukosten nicht mehr länger gezögert werden. Sogar kleine Gemeinden können Schulhäuser bauen, warum soll dies gerade in Glonn nicht möglich sein. Die Gemeinde soll zwar nicht in Schulden gestürzt werden, aber es geht nicht an, die alten Zustände zu belassen.

Ludwig Kirmair stellte fest, daß es in Glonn mit der Kanalisation noch sehr weit fehle. Es solle daher der Schulhausbau nicht so großartig geplant werden und dafür für diesen Zweck Mittel bereitgestellt werden. Weiter bezweifelte er, ob überhaupt 5 neue Schulsäle notwendig seien, da wohl nicht damit zu rechnen sei, daß die Mädchenschule eines Tages nicht mehr benützt werden könne.

Braun Josef sen. wandte sich gegen einen sofortigen Baubeginn, denn, w- wie er feststellte - mit 13 % Eigenkapital ist dies ein gewagtes Unternehmen. Dieser Einwand soll aber kein Mißtrauen an den Gemeinderat sein.

Landrat Dr. Streibl wies darauf hin, daß, wenn die bereits bewilligten Zuschüsse nicht alsbald verbaut würden, die Möglichkeit bestehe, daß diese Zuschüsse wieder verfallen. Es stellte auch in Aussicht, daß für die benötigte Einrichtung der Schulzimmer wohl auch wieder besondere Zuschüsse gewährt würden. Wenn in anderen, kleineren Gemeinden ein Schulhausbau möglich sei, warum denn dann nicht auch in Glonn

Braun jun. sprach darauf dem Gemeinderat Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus, weiter stelle er fest, daß der von Herrn Landthaler erstellte Kostenvoranschlag sachlich richtig sei. Mit den Bodenverhältnissen darf aber nicht allzu leichtfertig gerechnet werden. Es ist daher dringend erforderlich, daß hier der Kostenpunkt für die Fundamentierung festgestellt wird und dann könne man erst weiterreden. Mit dem Baubeginn soll daher gewartet werden, bis mehr Eigenkapital angesammelt ist. Wegen der Staatszuschüsse soll nochmals versucht werden, ob diese nicht erhöht werden können.

Landrat Dr. Streibl erwiderte darauf, daß bei allen Schulhausbauten auf keinen Fall mehr als 25 % Zuschüsse gegeben wird und ermahnte daher zur Einsicht.

Hauptl. Voithenleitner gab zu verstehen, daß aus erzieherischen Gründen ein Unterricht im alten Gebäude auf die Dauer nicht mehr tragbar sei, die Versammlung solle doch vernünftig sein und dem Antrag Dr. Ibach zustimmen.

G.R. Johann Esterl stellte fest, daß - abgesehen von einzelnen Sonderfällen - alle Gemeinderatssitzungen öffentlich seien. Es sei daher schade, daß gerade die bürgerliche Bevölkerung in den Sitzungen nie anwesend sei. Sie könnten sich dann ehe ein Bild von der Arbeit des Gemeinderates machen.

Alban Huber richtete nochmals die dringende Bitte an den Gemeinderat mit dem Baubeginn nicht mehr länger zu zögern, „denn wer weiß, wie es mit der Finanzierung in späteren Jahren aussieht.“

Nikolaus Niedermair richtete an den G.R. die Bitte, nichts unversucht zu lassen, um höhere Zuschüsse zu erlangen.

Adolf Ege stellte fest, daß die Handwerker und Gewerbetreibenden die meisten Mittel für den Schulhausbau aufzubringen haben, denn gerade die Gewerbesteuer sei die größte Einnahmequelle der Marktgemeindekasse. Die Bevölkerung solle daher nur bei den ortsässigen Gewerbetreibenden kaufen.

Schließlich einigte man sich doch, über den Antrag Dr. Ibach abzustimmen. Die Versammlung stimmte den 4 vorgeschlagenen Punkten einstimmig zu.

Aus den Reihen des Sportvereins kam noch der Antrag an den Gemeinderat, mit dem Verein soll ein langfristiger Vertrag über die Benützung des Platzes geschlossen werden. Denn nur so könnten vom Sportbund und aus Totomitteln Gelder für die Sportplatzverlegung erlangt werden.

Hierauf schloß Herr Bürgermeister die Versammlung und dankte nochmals allen für die rege Teilnahme.

Glonn, 30. Oktober 1955

(Fichmeier)
I. Bürgermeister

(Singer)
Protokollführer

Bericht zur Bürgerversammlung am 30. Oktober 1955

Begrüßung

Gemäß Artikel 18 der Gemeindeordnung hat der erste Bürgermeister mindestens einmal im Jahr zur Erörterung gemeindlicher Angelegenheiten eine Bürgerversammlung einzuberufen. Auf Grund dieser gesetzlichen Bestimmung wollte ich schon im Laufe des heurigen Sommers eine Bürgerversammlung abhalten, aber das Hauptproblem der Schulhausbau in Glonn hat diese Absicht immer wieder, infolge verschiedener Umstände, die ich später erläutern werde, verschoben. So ist erst heute zu dieser Bürgerversammlung gekommen.

Eingang, möchte ich den Anwesenden einen kurzen Überblick über die Tätigkeit des Marktgemeinderates und der Gemeindeverwaltung in der Zeit, seit der letzten Bürgerversammlung am 27. Juni 1954, geben.

Vom 1. Juli 1954 bis 24. Oktober 1955 fanden 17 Sitzungen des Marktgemeinderates statt bei denen 159 gemeindliche Angelegenheiten zur Beratung standen.

Die wichtigsten Gegenstände, die auch für die Versammlung von Interesse sind, möchte ich kurz streifen:

Haushaltplan

Schon bei der nächsten Sitzung nach der Bürgerversammlung, stand der Haushaltplan für 1954 zur Beratung. Alle Gemeinderäte mußten pflichtgemäß der Erhöhung der Realsteuerhebesätze auf den Landesdurchschnittsatz zustimmen, den es war keine andere Möglichkeit gegeben, Eigenmittel und Staats- und Bezirksverbandzuschüsse zum Schulhausbau, der ja in der letzten Bürgerversammlung zur ~~Debate~~ Debate stand, zu erhalten. Nach dem Beschluß des Marktgemeinderates darf der Ertrag, der durch die Steuererhöhung erlangt wird, nur zur Finanzierung des Schulhausbaues verwendet werden. Diese erhöhten Steuersätze dürfen noch solange bestehen als die Gemeindekasse Geldmittel zur Finanzierung und Rückzahlung von Darlehen des Schulhausbaues zwingend benötigt. Dadurch ist die Gewähr gegeben, daß die Steuerhebesätze wieder gesenkt werden müssen, wenn die Finanzierung durchgeführt ist.

Kanalisation in der Siedlung

Die Kanalisation in der Siedlung bewegte den Marktgemeinderat oft. Trotzdem die Dinglichkeit und Notwendigkeit des Kanalisationsprojektes den Behörden eingehend dargelegt wurde, hat das Landesamt für Gewässerkunde unseren gestellten Antrag auf Gewährung eines Zuschusses aus Staatsmitteln abgelehnt. Ohne Staatszuschuß war der Bau unmöglich, da sich die Kosten für den einzelnen Beteiligten zu hoch errechnethätten. So konnte diese Projekt nicht ausgeführt werden.

Im November 1954 konnte ich dem Marktgemeinderat berichtet, daß die frühere Gemeindestraße Glonn-Laus, die mit einem Kostenaufwand von 120 000.-DM ausgebaut wurde, nun zur Staatsstraße II. Ordnung aufgewürdigt wurde. Damit hat dieser Straßenbau seinen Abschluß gefunden.

Ortsname Glonn

Unser im Jahre 1952 gestellte Antrag auf Änderung des Ortsnamen Glonn in "Markt Glonn" wurde mit Entschließung des Bayer Staatsministerium des Innern vom 9. Nov. 1954 abgelehnt.

Nach Mitteilung der Regierung von Oberbayern wird der Ortsname "Markt" nicht mehr genehmigt. Andere Namen wie "Glonn St. Johann" oder "Glonn bei Zinneberg" usw. würden genehmigt werden.

Da der Marktgemeinderat eine solche Namensbezeichnung ablehnt bleibt es eben bei den Namen "Glonn". Hier möchte ich besonders die Geschäftswelt darauf hinweisen, daß durch die weitere Verwendung des Namen "Markt Glonn" Irrtümer vorkommen können. Dieser eingetragte Namen soll doch wieder verschwinden.

Personal

Entsprechend der Empfehlung der Bürgerversammlung vom 28.6.54 wurde die Angestelltenstelle bei der Gemeindeverwaltung abgebaut. Ab 1. Februar ist diese Stelle frei und wird sie nicht mehr besetzt werden.

Prüfung der elektr. Anlagen

Auf Grund einer gesetzlichen Anordnung müssen alle 5 Jahre die elektr. Anlagen in allen Anwesen überprüft werden. So traf 1954 wieder die Überprüfung, die in den Monaten August-Okt 1954 durchgeführt wurde. Diese Überprüfung wird in jeder Gemeinde durchgeführt. Hier möchte ich darauf hinweisen, daß alle Anwesen, die die Beanstandungen vom Jahre 1949 bei der Prüfung im Vorjahr noch nicht behoben hatten, alle in allernächster Zeit nachgeprüft werden. Die Gemeindeverwaltung hat schon im August alle diese Anwesenbesitzer vor der Nachprüfung verständigt. Es ist schon im Interesse der Hausbesitzer, daß die elektr. Anlagen in Ordnung sind.

Berufsschulen

Bis zum Jahr 1954 wurden die Beiträge zu den gewerblichen Berufsschulen durch den Kreis Ebersberg bezahlt. Ab Schuljahr 1954/55 (1. Sept. 1954) müssen die Gemeinden für die Kosten des Berufsschulunterrichtes aufkommen. So mußte die Gemeindekasse Glonn heuer für das Schuljahr 1954/55 für 60 Schüler über 3 000.-DM bezahlen

Für das Schuljahr 1955/56 hat die Stadt München den Betrag für die Berufsschulen auf 120.-DM pro Schüler und Jahr festgelegt. Bei ca 60 Berufsschüler muß nun die Gemeindekasse 7 200.-DM aufbringen. Eine ganz neue Belastung der Gemeindekasse.

Nun sollen auch noch auf Grund des Berufsschulgesetzes die berufsschulpflichtigen Mädchen, die nicht in der Landwirtschaft beschäftigt sind, auch wenn sie keinen Beruf ausüben, eine hauswirtschaftliche Berufsschule besuchen. Für das heurige Schuljahr konnte noch erreicht werden, daß die Mädchen in der landw. Berufsschule ihre Schulpflicht genügen können. Für das nächste Jahr habe ich ~~erreicht~~ durch Verhandlungen mit dem Kloster Zinneberg erreicht, daß diese Mädchen die Hauswirtschaftsschule in Zinneberg besuchen können. Dadurch können nicht nur der Gemeindekasse, sondern auch jeder Schülerin Geldmittel gespart werden, den die Schülerinnen müßten die hauswirtschaftliche Berufsschule in Grafing oder in München besuchen.

Die landw Berufsschule für Knaben in Glonn wird von den Schülern der Gemeinde Glonn, Egmatting, Oberpframmern, Moosach, Baiern und ein Teil aus der Gemeinde Bruck besucht. In der landw Berufsschule sind die Beteiligungsbeiträge bedeutend niedriger, weil hier nur die Sachkosten anfallen, während bei den gewerblichen Berufsschulen der ganze Schulbedarf -Sach- und Personalbedarf- durch die Gemeinden aufgebracht werden muß

Straßenbeleuchtung

Der Marktgemeinderat hat die Modernisierung der Straßenbeleuchtung in Glonn durch die Anbringung von 4 Leuchtstoffröhren genehmigt. Wenn die Beleuchtungskörper in nächster Zeit angebracht sind, sollen diese die ganze Nacht brennen. Dadurch soll hauptsächlich dem Durchgangsverkehr Rechnung getragen werden.

Auch in der Siedlung wurde die Straßenbeleuchtung erweitert und den Wünschen der Siedler entsprochen.

Straßenteerung

Durch das Entgegenkommen der Straßenbauverwaltung war es möglich die Ortsstraßen von Glonn einer Nachteerung zu unterziehen. Diese Arbeiten waren dringend notwendig, weil sonst die Straßendecke bei längerem Warten schwer gelitten hätte. Da das Straßenbauamt die Geräte und Maschinen kostenlos zur Verfügung stellte brauchte die Gemeinde nur das Material beschaffen und die Arbeiterlöhne zahlen.

Brückenbau

Über den Kupferbach konnte heuer bei Reisenthal eine neue Betonbrücke errichtet werden. Es war dies die letzte Holzbrücke der Marktgemeinde. Auch hier wurde gespart, weil der Bau in eigener Regie ausgeführt wurde.

Erholungsort

Im August konnte ich dem Marktgemeinderat berichten, daß auf Grund unseres Gesuches, Glonn den Charakter eines Erholungsortes zuerkannt wurde. Diese Anerkennung mit der notwendigen Reklame durch die Markt-gemeinde und dem Verkehrs- und Verschönerungsverein Glonn soll bezwecken, daß der Fremdeverkehr sich noch mehr steigert. Hier stelle ich an alle Hausbesitzer und an sämtliche Einwohner der Gemeinde die Bitte für die Schönheit der Gemeinde und der Orte in jeder Weise behilflich zu sein.

Straßenbau München-Glonn-Rott

Auch der Ausbau der Staatsstraße München-Glonn hat oftmals Besprechungen notwendig gemacht. Im September heurigen Jahres konnte in einer kleinen Feier in Schlacht die Fertigstellung des Straßenstückes Oberpfaffhamern-Schlacht veranstaltet werden. Nach Mitteilung der Regierung von Ober-bayern ist sicher damit zu rechnen, daß im kommenden Jahr auch die Strecke Schlacht-Glonn ausgebaut wird. Unser immerwährendes Drängen auf den Ausbau dieser Straße wird auch weiterhin Erfolg haben. Hier möchte ich der Interessengemeinschaft für den Ausbau dieser Straßen und besonders den Vorsitzenden Herrn Josef Landthaler für seine unermüdlichen Bemühungen und für die geleistete Arbeiten den herzlichsten Dank aussprechen.

Siedlung Glonn

Durch das Kath. Siedlungs- und Wohnbauwerk München wurden im Jahre 1954 5 Doppelhäuser in der Siedlung fertiggestellt. Weitere 3 Doppelhäuser sind noch geplant und es wird unser besonderes Anliegen sein, daß auch diese Häuser im kommenden Jahr gebaut werden. Eines dieser Häuser soll noch heuer im Rohbau erstellt werden. Durch den Bau dieser Siedlungshäuser soll der immer noch herrschenden Wohnungsnot Einhalt geboren werden.

Finanzen

Ein Hauptproblem des Marktgemeinderates sind immer die Finanzen. Die Aufstellung des Haushaltplanes für das Rechnungsjahr 1955 war besonders mit großen Schwierigkeiten verbunden. Auf Grund der Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes wurden die Schlüsselzuweisungen für das Rechnungsjahr 1955 von 32 700.-DM (1954) auf 26 700.-DM (1955) also um 6 000.-DM gekürzt. Die Kreisumlage, die 1954 53 500.-DM betrug, erhöhte sich um 7 000.-DM auf 60 500.-DM, da außerdem für die Berufsschulen für 1955 3000.-DM aufgebracht werden mußten, ergaben sich bei der Beratung des Haushaltplanes Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr von 16 000.-DM.

Damit aber Rücklagen für den Schulhausbau in Höhe von 30 000.-DM im Haushaltplan eingeplant werden konnte und die Abgleichung zu erreichen war, war es notwendig, die Ausgabeansätze auf das Notwendigste

zu reduzieren und die Einnahmeposten in voller Höhe anzusetzen.

Zur Erfüllung aller Verpflichtungen nach den Ansätzen im Haushaltsplan ist es unbedingt notwendig, daß die Steuern und Abgaben an die Gemeindekasse immer rechtzeitig entrichtet werden.

Die Kassenverwaltung gibt nicht nur die Steuerbescheide aus, sie verständigt bei jedem Steuertermin alle Steuerpflichtigen und teilt jeweils die fälligen Zahlungen mit. Hier bitte ich nochmals alle Zahlungen pünktlich zu entrichten, den nur so kann der Kassenbetrieb in Ordnung gehalten werden.

Die Führung der Marktgemeindekasse wurde entsprechend den Bestimmungen des Artikel 99 der Gemeindeordnung in Anordnung und Ausführung getrennt.

Die Anordnungen vollzieht Oberinspktor Decker und die Kassenführung obliegt Sekretär Singer. Durch den vom Marktgemeinderat bestellten Finanzausschuß werden die Kassengeschäfte laufend überprüft.

Vierteljährlich wird dem Gemeinderat eine Übersicht über die erfolgten Ein- und Auszahlungen im Vergleich zum Haushaltsplan bekannt gegeben.

Von Interesse dürfte auch der Rechnungsabschluß für 1954 sein.

Die Rechnung schloß ab mit

Ordentliche Einnahmen	221 210,52 DM
Ordentliche Ausgaben	220 960,88 DM
Mehreinnahmen :	240,64 DM
Durchlaufende Gelder Einnahmen	224 199,51 DM
" " " Ausgaben	224 199,51 DM
Der Gesamtumsatz betrug: Einnahmen	445 401,03
Ausgaben	445 160,39
Mehreinnahmen	240,64 DM

Für den Schulhausbau konnten im Jahre 1954 ~~bereits~~ 38 000.-DM zurückgelegt werden. Da bereits 4000.-DM aus früheren Jahren an Rücklagen angesammelt waren, betrugen die Rücklagen am 31. März 1955 42 000.-DM. Im Rechnungsjahr 1955 sind für den Schulhausbau 30 000.-DM vorgesehen. Hievon sind bereits 15 000.-DM zurückgelegt, die zweite Hälfte wird bis Ende des Rechnungsjahres dem Konto zugeschrieben werden können, somit sind bis 31. März 1956 72 000.-DM für den Schulhausbau bereitgestellt.

Kurz möchte ich noch einen Überblick über die Gemeindeverwaltung selbst machen. Sämtliche anfallenden Arbeiten, der nahezu 3 000 Einwohner zählende Marktgemeinde werden von den beiden Beamten und einem Lehrling geleistet. Die Verwaltung ist bestimmt nicht überbesetzt und eine Verwaltungsvereinfachung, vor der soviel geredet wird, ist in Glonn nicht notwendig.

Die amtliche Einwohnerzahl war am 30. Juni 1955 2 933
 davon Einheimische 2 056
 Heimatvertriebene 872
 Ausländer 5

1954 erfolgten 270 Anmeldungen und 279 Abmeldungen.

Beim Standesamt Glonn wurde 1954 82 Geburten (41 Knaben u 41 Mädchen)
25 Eheschliessungen und
28 Sterbefälle beurkundet

Im heurigen Jahr bis 26. Okt. sind bereits 105 Geburtsfälle angemeldet worden.

An Baugesuchen wurde 1954 39 Pläne zur baupolizeilichen Genehmigung bei der Gemeindeverwaltung eingereicht.

In der Marktgemeinde Glonn bestehen 132 Gewerbebetriebe. 1954 erfolgten 9 Gewerbeanmeldungen und 12 Gewerbeabmeldungen.

Die vorhandenen 175 landwirtschaftliche Betriebe bewirtschaften eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 1950 ha und eine Waldfläche von 780 ha

In der Gemeindeverwaltung sind 1954 über 4000 Schriftstücke in den Einkauf gekommen, die zu bearbeiten waren.

Nun habe ich in kurzen Zügen versucht einen Überblick über die Tätigkeit des Marktgemeinderates und der Verwaltung zu geben. Ich glaube sagen zu dürfen, daß zum Wohle der Bevölkerung und zum Ansehen der Marktgemeinde Glonn manches getan wurde.

Das Hauptproblem aber, das uns heute zusammenführt, ist der Bau eines Schulhauses in Glonn.

Bei der letzten Bürgerversammlung wurde Pläne gezeigt, die eine Erweiterung und einen Anbau an das alte Knabenschulhaus vorsahen. Der damals von der Bürgerversammlung und dem Gemeinderat genehmigte ~~Konzept~~ Plan soll nun nicht mehr ausgeführt werden, weil eine Erweiterung auf dem Knabenschulhausplatz nicht möglich ist. Außerdem hat der Gemeinderat Verhandlungen ~~geführt~~ mit dem Domkapitel in München zwecks Abtretung eines Grundstücksstreifen an die Knabenschule geführt, damit den geplanten Erweiterungsbau genügend Platz gewesen wäre.

Da außerdem das Domkapitel das Mädchenschulhaus an die Marktgemeinde zu den alten in der Schenkungsurkunde von 1902 festgelegten Bedingungen zurückgeben wollten, mußten auch persönliche Verhandlungen geführt werden. In ~~den~~ mehreren Sitzungen hat der Gemeinderat diese Bedingungen besprochen, und verlangt daß die Bedingungen gemildert werden sollten. Es wurde vorgeschlagen, daß eine weitere Rückgabe des Gebäudes an das Domkapitel nicht eintreten soll, wenn ohne Verschulden der Marktgemeinde eine klösterlich geführte Mädchenschule, sei es nun, daß klösterliche Lehrkräfte überhaupt nicht mehr zu erlangen sind, sei es daß der Staat andere Bestimmungen, insbesondere wegen der Lehrerbildung, erläßt nicht mehr möglich ist. All diese Vorschläge des Gemeinderates wurden vom Domkapitel nicht erkannt, auch wurde eine Grundstücksabtretung

nicht genehmigt. Aus diesen Gründen hat der Gemeinderat beschlossen den Bau eines Schulhauses auf dem derzeitigen Sportplatz in Erwägung zu ziehen, weil eben nur hier eine Erweiterungsmöglichkeit, zu einem gemeinsamen Schulhaus für Knaben und Mädchen gegeben ist.

Nach Rücksprache mit Landratsamt, Schulamt und Regierung von Oberbayern wird die Planung als Vorentwurf für ein Schulhaus mit 13 Schulkälen, Turnhalle, den notwendigen Nebenräumen und Haasmeisterwohnung gefertigt.

Im 1. Bauabschnitt sollen nur Schulräume für die Knabenschule und landwirtschaftliche Berufsschule, nebst Lehrmittel-, Schulleiter-, Sprech- und Lehrerzimmer gebaut werden.

Da die Mädchenschule im alten Gebäude genügend Räume hat, würde der zweite Bauabschnitt erst, dann, wenn eine Änderung in der Mädchenschule eintreten würde in Frage kommen. Bis dahin können noch viele Jahre vergehen.

Notwendig, wie bereits erwähnt, sind nur Räume für die Knabenschule. Nach dem überschlägigen Kostenvoranschlag des Planfertigers Herrn Josef Landthaler werden sich die Baukosten für den 1. Bauabschnitt auf 490.000.- DM Diese Summe erscheint ^{hoch} und ich bin selbst erschrocken als ich ^{davon} erfuhr. Man muß aber bedenken daß beim ersten Bauabschnitt Kosten anfallen, wie Straßenbau, Anschluß von Wasser und Strom, Kläranlagen, dann Wasserinstallation und die Heizung müssen infolge der späteren Erweiterung schon im 1. Bauabschnitt entsprechend dimensioniert werden, die im 2. und 3. Bauabschnitt nicht mehr anfallen.

Diese Bausumme wird wie folgt aufgebracht werden:

Eigenmittel der Gemeinde (das sind die Rücklagen aus den Jahren 1954, 1955 u 1956 und die im kommenden Jahr zu machenden Einsparungen)	100 000.- DM
Staatszuschuß der bereits bewilligt ist	40 000.- DM
Staatszuschuß der noch zu genehmigen wäre (infolge der erhöhten Baukosten kann damit gerechnet werden)	20 000.- DM
Bezirksverbandszuschuß (Antrag ist bereits gestellt und wird der Zuschuß 1956 bewilligt werden)	40 000.- DM
Staatsdarlehen bereits genehmigt	30 000.- DM
Bankdarlehen das noch aufzunehmen wäre	260 000.- DM
Finanzierungsbetrag	490 000.- DM

Auf Grund der obengenannten Finanzierung wird die Gemeindekasse durch die Aufnahme der Darlehen jährlich mit folgenden Beträgen ~~mit~~ durch Zins und Tilgung belastet sein:

Staatsdarlehen	30 000.-DM	4% Zins	jährlich	1 200.- DM
		2% Tilgung	jährlich	600.- DM
Bankdarlehen	260 000.-DM	6 1/2% Zins	jährlich	16 900.- DM
		1% Tilgung	jährlich	2 600.- DM
		insgesamt		21 300.- DM

Die Tilgung des Staatsdarlehens bei eine 2 prozentigen Satz dauerd 28 Jahre. Die Tilgung des Bankdarlehen bei einem lprozentigen Satz dauerd 33 Jahre.

Der Bau eines Schulhauses ist für die Gemeinden immer eine schwere Belastung, da eine Rentabilität sich nicht zeigt, aber Wohle und zum Vorteil unserer Buben müssen wir den Bau in Angriff nehmen, den die derzeitigen Schulverhältnisse in der Knabenschule können nicht mehr länger geduldet werden.

Ich stelle nun die ganze Angelegenheit der Bürgerversammlung zur Aussprache und bitte um rege Beteiligung.